



In den elf Gemeinden des Bipperramts wurde am 24. September 2017 über eine mögliche Hochzeit abgestimmt.

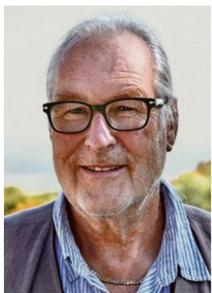
Foto: Marcel Bieri

# «Sie schauen zuerst für sich»

**OBERAARGAU-NORD** Genau vor einem Jahr wurde die geplante Fusion im grossen Stil deutlich abgelehnt. Heute zeigt sich: Für die fünf befürwortenden Dörfer hatte dieses Ergebnis ganz unterschiedliche Folgen.

Es hätte der grösste Zusammenschluss des ganzen Kantons Berns werden können: Am 24. September 2017 stimmten die elf Gemeinden des nördlichen Oberaargaus über eine Fortsetzung des Fusionsprojekts ab. Doch die grossen Dörfer machten den Fusionswilligen einen dicken Strich durch die Rechnung (siehe Grafik). Wo stehen die befürwortenden Berggemeinden Farnern, Rumisberg, Wolfisberg und die Dörfer Wangenried und Walliswil-Wangen heute? Eine Umfrage bei den Gemeindepräsidenten zeigt: Ihre Situation unterscheidet sich teils stark.

In **Ulrich Leuenbergers** Gemeinde war die Stimmbeteiligung am 24. September 2017 am höchsten: Knapp 68 Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Wahl teil.



**«Wenn die Fusion mit Niederbipp scheitert, wird es für uns schwierig.»**

Ulrich Leuenberger, Gemeindepräsident Wolfisberg

rechtigten Wolfisbergerinnen und Wolfisberger taten ihre Meinung kund. Und das in aller Deutlichkeit: 82 von ihnen legten ein Ja in die Urne, lediglich 17 ein Nein. Dementsprechend enttäuscht zeigte sich der Gemeindepräsident bei der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. Und auch heute, ein Jahr später, fühlt sich der Wolfisberger von den Behörden der ablehnenden Dörfer im Stich gelassen: «Von der angesprochenen Zusammenarbeit sieht man noch gar nichts, die grösseren Gemeinden schauen zuerst für sich und dann erst für den Nachbarn.»

Doch genau einer dieser Grossen sprang noch am Abstimmungssonntag in die Bresche: Ulrich Leuenberger und Sibylle Schönmann, Gemeindepräsidentin von Niederbipp, führten am

meindepräsident. Von den grossen Gemeinden zeigt auch er sich dementsprechend enttäuscht: «Sie hatten die Grossfusion angedrungen und dann doch abgelehnt.» Ischi will das ganze Thema nun einige Jahre ruhen lassen. «Wenn niemand Interesse zeigt, hat es keinen Wert.» Kritisch beobachtet er die laufenden Verhandlungen zwischen Niederbipp und Wolfisberg: «Es wäre natürlich schade, wenn Wolfisberg aus dem Schulverband austritt.» Sowie so geisterte in vielen Köpfen am Berg nach der Idee einer Dreierfusion herum. «Doch auch da stellt sich die Frage, ob wir nicht zu klein wären.»

Beim Farnern Gemeindepräsidenten **Roland Guazzini** klingt es ähnlich wie bei seinem Rumisberger Amtskollegen: «Wir hatten nach der Abstimmung noch



**«Für uns ist eine Fusion aktuell vom Tisch.»**

Roland Guazzini, Gemeindepräsident Farnern

einen Versuch innerhalb des Perimeters der Kirchgemeinde Oberbipp gestartet», sagt Guazzini. Für die grösseren Gemeinden sei das aber nicht aktuell gewesen. «Und für uns eigentlich auch nicht, wir sind ja gut aufgestellt.» So habe Farnern stets genügend Kandidaten für den Gemeinderat und die Kommissionen. «Deshalb ist eine Fusion für uns aktuell vom Tisch», betont der langjährige Gemeindepräsident. Wie es in zehn Jahren aber aussehe, könne auch er nicht sagen.

Im Gegensatz zu Paul Ischi will sich Roland Guazzini nicht zur geplanten Vermählung von Wolfisberg mit Niederbipp äussern. «Farnern betrifft das nicht, deshalb mische ich mich da nicht ein.»

Auch bei **Hansruedi Gyax** in Wangenried, wo im letzten Jahr noch auf eine Fusion gedrängt wurde, ist das Thema aktuell vom Tisch. «Wir wollen nun die Zu-

sammenarbeit mit unseren Nachbarn fördern», sagt der Gemeindepräsident. Damit spricht er vor allem Wangen an der Aare



**«Viele haben wohl schon im Vorfeld mit diesem Entscheid gerechnet.»**

Hansruedi Gyax, Gemeindepräsident Wangenried

sowie Walliswil-Wangen an. «Das macht Sinn, wir arbeiten bereits in den Bereichen Schule und Feuerwehr zusammen», so Gyax. Konkrete Themen für eine weitere vertiefte Kooperation könne er derzeit aber noch keine nennen. «Das sind noch Ideen, Hirngespinnste.» Finanziell ist Wangenried nicht auf Rosen gebettet. «Wir arbeiten aktuell an einem langfristigen Finanzplan, mit dem die notwendigen Ausgaben drin liegen sollten.» Schritt für Schritt soll etwa in die Sanierung der Mehrzweckhalle und in die Abwasserversorgung investiert werden. Obwohl seine Gemeinde die Grossfusion vor einem Jahr befürwortet habe, sei nach der Ab-

stimmung keine Konsternation im Dorf ausgebrochen. «Viele haben wohl schon im Vorfeld mit dem Entscheid gerechnet», sagt Hansruedi Gyax. Ihm selbst sei es zumindest so ergangen.

**Alain Greub** war noch gar nicht Mitglied des Gemeinderates von Walliswil-Wangen, als über die Grossfusion abgestimmt wurde. Seine Vorgängerin Beatrice Wagner hatte sich indes für die Hochzeit starkgemacht. «Nach der Ablehnung war es bei der Bevölkerung kein grosses Thema mehr», sagt Greub heute. Aktuell würden zwar Gespräche mit den benachbarten Gemeinden für eine Fusion sei aber vom Tisch. «Uns beschäftigen derzeit andere



**«Uns beschäftigen derzeit andere Themen.»**

Alain Greub, Gemeindepräsident Walliswil-Wangen

Themen», so der Gemeindepräsident. Es seien dies etwa die Strassenbeleuchtung sowie die Wasserversorgung.

Beatrice Beyeler

## In Kürze

### GONDISWIL Schutzräume kontrolliert

In Gondiswil wurden durch die Firma G. Bühler GmbH aus Niederwangen 30 Schutzräume mit Total 485 Schutzplätzen überprüft. Bei einem Schutzraum (100 Plätze) gebe es ein paar kleinere Mängel zu beheben, teilt der Gemeinderat mit. Zudem wird dem Kanton die Aufhebung eines Schutzraums mit 3 Plätzen unterbreitet. Die Verfügung des Kantons sei jedoch noch ausstehend. *pd*

### LANGENTHAL Neues Mitglied gewählt

Der Langenthaler Gemeinderat hat Kathrin Rösch (JLL) als Mitglied in den Wahl- und Abstimmungsausschuss gewählt. Die Wahl gilt per sofort und bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode am 31. Dezember 2020, wie der Gemeinderat mitteilt. Kathrin Rösch folgt auf die per 31. August zurückgetretene Janina Misar (JLL). *pd*

### LANGENTHAL / ST. URBAN Stadt beteiligt sich am Erntefest

Am Samstag, 29. September, findet das diesjährige Rottaler Erntefest im Klosterpark in St. Urban statt. Der Anlass wird von rund 50 Ausstellerinnen und Ausstellern gestaltet. Wie der Gemeinderat von Langenthal mitteilt, unterstützt er das Fest mit einem Beitrag in Höhe von 500 Franken. *pd*

### AUSWIL Oldtimer zogen die Massen an

Mit einer Rekordbeteiligung ging das siebte Old- und Youngtimer-Treffen auf dem Areal der Firma S. Flückiger AG in Auswil über die Bühne. Schon in den frühen Sonntagstunden rollten die ersten Autos mit Nummernschildern aus der ganzen Schweiz sowie dem nahen Ausland auf den Platz. Bis Mittag wurden über 100 Toyota gezählt, davon waren 69 über dreissig Jahre alt und somit im Oldtimer-Alter. Diese Kategorie gewann ein Celica RA28 mit Jahrgang 1966, der Pokal für die weiteste Anreise ging an einen Trueno GT aus Luxemburg. *vnr*

## Im Verein

### MADISWIL Film lockte ans Forum

Am Politforum der SP Oberaargau (SPolit-Forum) waren die Politiker für einmal eher Neben-darsteller. Vielmehr warteten die Besucherinnen und Besucher gespannt auf das Referat des Historikers Simon Kuert. Dass Diskussionen und Streitereien auch in der Geschichte des Oberaargaus immer eine Rolle gespielt hatten, wurde im Vortrag deutlich. Kuerts spannenden Ausführungen ergänzten die von ihm gezeigten Filmsequenzen, sodass sich am Ende jeder der Zuhörerinnen und Zuhörer ein gutes Bild von den vergangenen Zeiten im Oberaargau machen konnte. *pd*

# Bei 90 Dezibel über Politik sprechen

**LANGENTHAL** Das Jugendparlament Oberaargau ist auf der Suche nach Mitgliedern. Mit einem Konzert im Old Capitol haben die Verantwortlichen nun versucht, für das Angebot zu werben.

Schon kurz nach Türöffnung strömen die ersten Jugendlichen an diesem Samstagabend ins Old Capitol. Einige haben es sich schon vor der Bühne bequem gemacht, um ihren Platz in der ersten Reihe zu sichern. Sie sind hier, um S.O.S. zu sehen. Die Berner Rap-Gruppe ist bei den Jungen sehr beliebt. Es ist genau die Zielgruppe, welche die Veranstalter an diesem Abend ansprechen wollen. Es geht nämlich nicht nur um Hip-Hop, sondern auch um Politik und vor allem die Zukunft des Jugendparlaments Oberaargau (JPO). Denn um die ist es nicht gut bestellt.

### Auf eigenen Beinen stehen

In den vergangenen Jahren ist das Engagement bei der politi-

schen Jugendplattform bis auf ein Minimum geschrumpft (wir berichteten). Daraufhin hat der Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau (Tokjo) im letzten Jahr die operative Leitung des JPO übernommen. Innerhalb von zwei Jahren wollen die Verantwortlichen versuchen, das Parlament wieder neu aufzustellen. Das Ziel ist klar: Die Plattform soll in Zukunft wieder auf eigenen Beinen stehen können.

Dazu braucht es aber vor allem eines: neue, engagierte Mitglieder im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. Kein einfaches Unterfangen in der heutigen Zeit, in der viel von Politikverdrossenheit gesprochen wird. An einer für Jugendliche attraktiven Veranstal-



Joël Bur (links) informiert über die politische Plattform.

Foto: Olaf Nörenberg

tung wie dem Konzert im Old Capitol wird deshalb der Versuch gestartet, mit der Zielgruppe in Kontakt zu treten.

Es sei nicht leicht, die Jugendlichen für die Idee zu begeistern, gibt auch Joël Bur zu. Er ist Ju-

gendarbeiter bei Tokio und versucht an diesem Samstagabend, die Jugendlichen mit Flyern und Gesprächen über das politische Angebot zu informieren. Bur glaubt, dass das fehlende Interesse auch etwas mit dem Zeitgeist

zu tun hat. «Es scheint nicht mehr das grosse Bedürfnis da zu sein, sich politisch zu engagieren», so der Jugendarbeiter. Das merke er auch in der Arbeit mit den Jugendlichen. «In ihrer Freizeit wollen sie lieber Zeit mit ihren Freunden verbringen, Musik hören und abhängen», sagt Bur weiter.

Erschwerend kämen die ganzen sozialen Netzwerke hinzu: «Heute kann jeder auf Facebook oder Instagram mit einem Klick auf 'gefällt mir' seine Meinung kundtun. Vielen scheint das zu reichen», sagt er. Man müsse den Jugendlichen aber klarmachen, dass sie damit nichts verändern. «Wir versuchen ihnen aufzuzeigen, dass man aktiv etwas ändern kann. Es reicht nicht, die Faust im Sack zu machen.» Das Jugendparlament sei dafür eine gute Gelegenheit. Weit über politische Richtungen und Parteigrenzen

hinaus könne über jugendrelevante Themen debattiert und eigene Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Ohne neue Mitglieder aber sieht die Zukunft für das JPO düster aus.

### Zukunft ist offen

Wie die Verantwortlichen nach dem Konzert weiter verfahren möchten, ist noch offen. «Wir planen Schritt für Schritt», sagt Joël Bur. Mit der Veranstaltung sind die Organisatoren am Tag danach sehr zufrieden. Es sei zwar schwierig, bei 90 Dezibel mit Jugendlichen über Politik zu sprechen. Der Rahmen der Veranstaltung sei aber hilfreich gewesen, um die entsprechende Zielgruppe zu erreichen: «Immerhin haben so 480 junge Menschen mal etwas vom Jugendparlament gehört», sagt Joël Bur. Er hofft nun, dass sich einige von ihnen melden. *Melissa Burkhard*

# 18 Millionen waren wohl zu viel

**RÜEGSAU** Die Bevölkerung schickt das seit zehn Jahren geplante Schulhausprojekt bachab. Nun sollen die erhöhten Schülerzahlen mit Containern aufgefangen werden. Gemeinderat Markus Mosimann reagiert darauf mit einem Rücktritt.

Es war still. Verdächtig still, wie sich jetzt zeigt. Rund 18 Millionen Franken für das Projekt Erneuerung und Erweiterung der Schulanlagen waren dann doch zu viel für die Mehrheit der Rüeigsauerinnen und Rüeigsauer. Mit 704 zu 550 Stimmen sagten sie klar Nein zum Baukredit.

Eine Überraschung. Zwar gab es vereinzelt kritische Stimmen, aber diese bezogen sich vor allem mehr oder weniger auf Detailfragen zum Projekt. An den Infoveranstaltungen und den Gemeindeforen war der Gemeinderat aber eigentlich immer der: Noch weiter zu warten geht nicht. Denn mehr Schüler brauchen bald mehr Platz, und die Sanierungen der teils hundert Jahre alten Gebäude sind längst überfällig.

### Platzbedarf sicherstellen

Diese Beobachtung machte auch Gemeindepräsident Fritz Rüfenacht und zeigt sich dementsprechend überrascht. «An den Veranstaltungen haben wir eigentlich immer fast nur Zuspruch für das Projekt erfahren», sagt er. «Es hat aber wohl noch eine Herde von Gegnern gegeben, die wir nie kennen gelernt haben.» Rüfenacht bleibt aber gelassen: «Das ist ein demokratischer Entscheid. Den müssen wir akzeptieren. Man kann nicht immer gewinnen.» Für ihn zeigt die Abstimmung auch: «Jetzt wissen wir, dass das Volk keine Grossprojekte will.» Es bleibe also alles beim Status quo. «Wir haben Verträge mit den angeschlossenen Gemeinden und müssen den Platzbedarf sicherstellen, das hat nun erste Priorität», sagt er. Gemäss einer Analyse muss Rüeigsau bis 2020 Platz für mindestens fünf neue Klassen bieten. Für Rüfenacht ist klar, dass dies nun mit Pavilloncontainern erreicht werden soll. Die Sanierungsprojekte indes würden auf die lange Bank geschoben und nur das Nötige gemacht.

Deutlich enttäuschter als Fritz Rüfenacht zeigt sich der für die Finanzen zuständige Gemeinderat Markus Mosimann (FDP). Nur wenige Minuten nachdem



Ein Projekt für die Schulblase: So hätte die neue Schulanlage dereinst aussehen sollen.

Foto: pd

das Ergebnis bekannt war, hat er seine Demission eingereicht.

### «Attraktivität einbüssen»

Markus Mosimann sieht das doch deutliche Nein auch als eigenes Versagen und will mit dem Rücktritt Verantwortung übernehmen. Auf Anfrage macht er deutlich, dass ihm das Projekt sehr am Herzen gelegen ist. «Für mich war es ein Topprojekt», sagt er. Kosten, Nutzen und Nachhaltigkeit hätten gestimmt. In seinem Demissionsschreiben findet er deutliche Worte: «Die Gemeinde Rüeigsau hat einen wichtigen Schritt in die Zukunft verpasst und wird dadurch an Attraktivität einbüssen», schreibt er. Jede zukünftige Lösung werde bei gleichbleibender Annahme der Entwicklung der Schülerzahlen kaum günstiger werden, nicht nachhaltig sein und sicher nicht rechtzeitig realisiert werden können. Dass er von seinen Mitbürgern enttäuscht ist, gibt er ebenso offen zu, wie er die eigenen Fehler eingesteht: «Wir haben es nicht geschafft, die Bedeutung des Projektes den Leuten näherzubringen. Man hätte noch mehr machen können, tatsächlich.» Insbesondere sei es ihm nicht gelungen, die Finanzierung und die unerlässliche Steuer-

**«Die Gemeinde Rüeigsau hat einen wichtigen Schritt in die Zukunft verpasst und wird dadurch an Attraktivität einbüssen.»**

Markus Mosimann, Gemeinderat



Markus Mosimann, Foto: PD

erhöhung hinreichend zu begründen. Mosimann ist überzeugt, dass es vor allem die grosse Zahl, diese furchterregenden 18 Millionen Franken waren, die den Ausschlag gegeben haben. Er sieht seine Verantwortung darin, den Leuten nicht die Nachhaltigkeit des Projekts aufgezeigt zu haben. Und dass eine Steuererhöhung wohl so oder so kommen wird. «Wir haben verpasst, zu sagen, dass in jedem Fall hohe Kos-

ten auf uns zukommen werden. Das nehme ich auf meine Kappe.»

### Peter Dubach ist zufrieden

Nicht alle waren still. Der ehemalige Gemeindepräsident Peter Dubach meldete sich an den Informationsveranstaltungen immer wieder zu Wort und warnte vor der künftigen finanziellen Belastung für die Gemeinde. Drei Wochen vor der Abstimmung hat er mit einer Flyeraktion nochmals für ein Nein geworben. Weder Mosimann noch Rüfenacht glauben, dass diese Flugblätter eine matchentscheidende Wirkung hatten. Dubach hingegen ist überzeugt, dass sie wesentlich zum Ergebnis und vor allem zur rekordverdächtig hohen Stimmbeteiligung von über 50 Prozent beigetragen hat. «Natürlich sind wir mit dem Ergebnis zufrieden», sagt er auf Anfrage. «Aber deshalb machen wir nicht gleich eine Champagnerflasche auf.» Er sei nun gespannt, wie es weitergehe. Er und sein Nein-Komitee seien offen für eine Zusammenarbeit. Der Ball liege aber beim Gemeinderat. Peter Dubach hat als Alternative immer von günstigeren Modulbauten gesprochen, wie sie etwa in Hasle oder in Burgdorf umgesetzt wurden. *Martin Burkhalter*

## BZ Kommentar



Martin Burkhalter, Redaktor

### Die Kritiker sind jetzt gefordert

Gemeindepräsident Fritz Rüfenacht hat es richtig gesagt: Das Volk hat gesprochen und den Weg aufgezeigt. Die Rüeigsauerinnen und Rüeigsauer wollen kein Grossprojekt. Sie wollen nicht auf einen Schlag 18 Millionen Franken ausgeben. Das ist ein demokratischer Entscheid. Den gilt es zu respektieren. Und es gibt sie ja auch, die anderen, wohl sogar günstigeren Lösungen.

Die Frage stellt sich aber, ob günstiger auch immer besser ist. Das Gebäude des Sekundarschulhauses, um das es bei dieser Abstimmung ja auch ging, wurde vor genau 100 Jahren erbaut. Gekostet hatte es 100-mal weniger, also 180 000 Franken. Wie sehr das die Gemeindefinanzen damals belastete, ist schwer zu sagen. Klar ist aber, dass das Schulhaus auch heute noch steht und auch noch genutzt wird. Was dieses Beispiel zeigen soll: Weitsicht schadet nicht. Vor allem dann nicht, wenn es um die nachfolgenden Generationen geht. Dazu kommt, dass Rüeigsau hier nicht nur für sich allein entschieden hat. Auch Kinder aus Hasle, Lützelflüh, Affoltern und Heimiswil gehen dort zur Schule. Fritz Rüfenacht hat es immer wieder betont: Für die einkassierten Schuldiger muss die Gemeinde auch etwas bieten. Rüeigsau hätte die Chance gehabt, gerade noch rechtzeitig eine moderne, zukunftsweisende Schulanlage zu realisieren, die auch die erhöhten Schülerzahlen ab 2020 hätte auffangen können. Jetzt aber ist die Gemeinde wieder zurück auf Feld eins und gezwungen zu improvisieren. Nochmals zehn Jahre Planung kann sie sich nicht leisten. Man darf gespannt sein, wie die «Zusammenarbeit» mit den Kritikern aussehen wird und ob günstiger auf die Dauer nicht doch plötzlich teurer wird.

[martin.burkhalter@bernerzeitung.ch](mailto:martin.burkhalter@bernerzeitung.ch)